

Der BDF fragt, die Parteien antworten

1. Im Entwurf der „Nationalen Waldstrategie 2050“ fehlt das Personal. Wie stehen Sie zu einem „Nationalen Waldplan 2050“, in dem 10.000 neue Arbeitsplätze für den Wald und eine waldfreundliche Jagd festgeschrieben werden?



Mit den Anforderungen an die Forstwirtschaft – Wiederaufforstung, klimastabiler Walddumbau, Beratung und Betreuung auch des kleinen und mittleren Privat- und Kommunalwaldes, Sicherung der Biodiversität, Digitalisierung, verträgliche Integration von Erholung, Sport und Gesundheitsförderung in den Wald etc. – steigt der Bedarf an Forstpersonal und dessen Qualifikation. CDU und CSU werden den Personalbedarf in den Bundesforsten sichern und in den unionsgeführten Bundesländern darauf hinarbeiten, dass ausreichend qualifiziertes Personal in der öffentlichen Forstverwaltung zur Verfügung steht. Es geht auch darum, Begeisterung für Forstberufe zu vermitteln und die forstliche Ausbildung in Fach- und Hochschulen auf dem neuesten Stand zu halten.

Der vor uns liegende großflächige Auf- und Umbau der Wälder setzt ein sehr gutes Jagd- und Wildtiermanagement voraus. Die Frage wird deshalb in der neuen Waldstrategie breiten Raum einnehmen. Für eine neue rechtliche Jagdregelung war bedauerlicherweise bisher kein politischer Konsens zu erzielen, jedoch bleiben wir mit Jagd- und Forstverbänden im Gespräch. Jäger und Waldeigentümer stehen aber unabhängig von der genauen Ausgestaltung des Jagdrechts gemeinsam in der Verantwortung für den Waldaufbau.

Die Wiederbewaldung von Schadflächen und der Walddumbau zu klimastabilen Mischwäldern ist eine Generationsaufgabe, die nur durch eine Aufstockung von qualifiziertem und gut bezahltem Forstpersonal erreicht werden kann. Für die Produktion des heimischen Rohstoffs Holz entstehen bei der Pflege, Nutzung und Weiterverarbeitung viele Arbeitsplätze, die eine große Bedeutung für die Wertschöpfung des ländlichen Raums haben.



Angesichts des extremen Wetterereignisse und dem massiven Schädlingsbefalls der jüngsten Vergangenheit setzen wir Freie Demokraten uns für eine echte Waldschutzoffensive ein. Neben der

schnellen Unterstützung der Waldbesitzer bei der Schadh Holzbergung und -vermarktung und der Schädlingsbekämpfung wollen wir einen Wiederaufbau der Wälder mit klimaresilienten und standortgerechten Baumarten erreichen. Für diesen Walddumbau und -aufbau, genauso für eine wirksame Vorsorge für Waldbrände und eine besser ausgestattete forstliche Beratung bedarf es aus unserer Sicht mehr gut ausgebildeten Forstpersonals. Wir wollen daher in Zusammenarbeit mit den Ländern für eine bessere personelle sowie finanzielle Ausstattung der forstlichen Behörden sorgen.



DIE LINKE hat auf diese Fehlstelle frühzeitig hingewiesen und immer wieder gefordert, dass ein naturgemäßer Walddumbau nur mit gut ausgebildetem und anständig bezahltem Forstpersonal funktioniert. Der Personalabbau der vergangenen Jahre im Forstbereich muss gestoppt werden. Dazu muss zuallererst der Personalbedarf durch eine ehrliche Aufgabenkritik, die auch die neuen Herausforderungen abbildet, ermittelt werden. Beides muss Teil der Waldstrategie 2050 sein und anschließend umgesetzt werden. Dafür wird sich DIE LINKE weiter einsetzen.



Wir GRÜNE wollen eine Zukunftsoffensive Wald in Zusammenarbeit mit den Bundesländern auf den Weg bringen. Darin soll eine Vereinbarung enthalten sein mit dem Ziel, den Personalbestand für die Waldbetreuung bei den Forstbetrieben von Bund und Ländern auszubauen und langfristig abzusichern sowie die Aus- und Weiterbildungsgänge im Bereich Wald- und Forstwirtschaft auf Grundlagen und Konzepte der naturnahen Waldbewirtschaftung neu auszurichten.

2. Wald liefert weit mehr als das Naturprodukt Holz, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Biodiversität, Naturschutz, Landschaftsbild, Erholung, Gesundheit, Bildung, Wasser- und Bodenschutz. Welche konkreten Pläne zur Honorierung dieser Ökosystemleistungen haben Sie und wie sollen diese finanziert werden?





CDU und CSU werden die Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes weiterverfolgen. Intakte Wälder leisten viel für unsere Umwelt und die Gesellschaft. Diese Leistungen wollen wir in Wert setzen und damit die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege der Wälder unterstützen. Das Vorhaben wird maßgeblich von der Union vorangetrieben und ist in seiner Tragweite nicht zu unterschätzen: Der Wald wird erstmals auf ein weiteres ökonomisches Standbein, neben den Erlösen durch Holz und Jagd, gestellt.

Bei der Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes werden wir mit den Klimaschutzleistungen beginnen. Denn um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir neben der wichtigen Verringerung der Emissionen die CO₂-Minderung von Wald und Holz stärken. Dazu liegen die ersten Vorschläge auf dem Tisch. Wir werden die Speicherleistung des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell honorieren und eine CO₂-Bindungsprämie einführen. So kann die Klimaleistung des Waldes dauerhaft und verlässlich abgegolten werden und ein zentraler Baustein zur Honorierung weiterer Ökosystemleistungen des Waldes sein.



Wir Freie Demokraten wollen die multifunktionale Ökosystemleistung des Waldes marktwirtschaftlich honorieren. Der Wald spielt eine entscheidende Rolle bei der Vermeidung und Kompensation von Treibhausgasen und leistet somit einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Wir sehen die Klimaschutzleistung der Wälder als Ergebnis einer aktiven Waldbewirtschaftung und wollen die Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung von Wäldern und somit die Einführung eines Vergütungssystems dieser Leistung vorantreiben. Durch die Vergütung der langfristigen Bindung von CO₂ und der Berücksichtigung des Wirtschaftswaldes im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems wollen wir zusätzlich marktwirtschaftliche Anreize für eine nachhaltige multifunktionale Waldbewirtschaftung schaffen und, wo möglich, für eine Erweiterung der Waldfläche durch Neuaufforstung sorgen. Siehe auch die Initiative „Waldbonus schaffen – CO₂ reduzieren“ der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag (BT-Drs. 19/16484).



Die Debatte zur Honorierung von Ökosystemdienstleistungen im Wald begrüßt DIE LINKE. Dabei müssen alle Ökosystemleistungen eine gewichtige Rolle spielen. Eine Reduzierung des Waldes auf seine CO₂-Senkenfunktion ist zu kurz gedacht. Gleichzeitig darf dieses Honorierungssys-

tem keine finanzielle Abhängigkeit der Waldbesitzenden schaffen. Auch für Waldbesitz gilt Artikel 14 Grundgesetz, dass Eigentum verpflichtet und zum Allgemeinwohl verwendet werden soll. Verantwortung hat aber die gesamte Lieferkette, auch finanziell. Es muss aber dort unterstützt werden, wo Überforderung droht, gerade im Klein- und Kleinstprivatwald. Zudem soll nicht nur für Waldbesitzende, sondern auch für Forstleute die Teilhabe an der öffentlichen Unterstützung gesichert sein. Eine Finanzierung über den Energie- und Klimafonds ist naheliegend, dessen Ausgestaltung intensiv beraten werden muss. Zudem muss die Unterstützung leicht zugänglich sein. Zertifizierungssysteme können helfen, müssen aber über gesetzliche Standards hinausgehen.



Wir GRÜNE wollen die Entwicklung gesunder Wälder, die mehr Kohlenstoff binden, als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird, massiv fördern. Dazu wollen wir die naturnahe Waldbewirtschaftung, den Umbau und die Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten und die WaldbesitzerInnen dabei mit qualifizierter Förderung und Beratung unterstützen.

3. Die klimafreundliche Bioökonomie ist in aller Munde, durch welche Maßnahmen wollen Sie diese im Forstbereich ausbauen? Welche Pläne haben Sie zur Förderung der Verwendung des umweltfreundlichen Naturproduktes Holz?



Wir werden den Einsatz von Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff voranbringen, Hemmnisse abbauen und eine Holzbauoffensive starten. Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die mehr auf heimischen Baustoffen wie Holz basiert. Wir wollen das große Potenzial der Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An- und Ausbauten ausschöpfen. Das haben wir explizit im gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU festgelegt. Hierbei findet Holz eine vorzügliche Verwendung.

Der Staat muss beim Holzbau eine Vorreiter- und Vorbildfunktion einnehmen. Die Bauordnungen müssen novelliert werden, um den Holzbau zu erleichtern. Der Bund soll dies mit seiner Musterbauordnung unterstützen, die zusammen mit konkretisierenden Baubestimmungen und Richtlinien entsprechend dem neuesten Stand der Technik in Bezug auf den Holzbau angepasst werden muss. Die technischen und anderen Regelwerke von Bund und Ländern sind entsprechend aufeinander abzustim-

men. Wir werden Holz als Rohstoff für die Biotechnologie fördern, die Zulassung und Normung innovativer Holzprodukte vereinfachen, neue Einsatzmöglichkeiten für Laubholz entwickeln und eine optimierte Kaskadennutzung unterstützen. Holz soll als Regelbrennstoff zugelassen werden.



Die SPD strebt die Verknüpfung des notwendigen Waldumbaus zu klimastabilen Mischwäldern mit der vielseitigen Nutzung von heimischem Holz an, als nachhaltigem Rohstoff. Denn regional produziertes Holz schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Holz ist der Baustoff der Zukunft. Daher planen wir eine Holzbauinitiative, um das Holzhandwerk mit seinen rund 100.000 Betrieben und mehr als 300.000 Beschäftigten vom Bootsbauer über den Tischler bis zum Zimmermann zu unterstützen. Wir wollen die Stärkung der mittelständisch geprägten Holzindustrie und des ländlichen Raums als Hauptstandort des Holzgewerbes stärken.

Wir Freie Demokraten wollen die Rolle der Forstwirtschaft als wichtiger Wirtschaftszweig, der vielseitig nutzbare Rohstoffe für die Bioökonomie bereitstellt, stärken. Wir setzen uns für die Aufforstung mit klimaresilienten und standortgerechten Baumarten ein, denn durch Klimaveränderungen, aber auch durch Verschiebungen im Nutzungsspektrum kann die aktive Ansiedlung gebietsfremder Arten wie Douglasien oder Roteichen helfen, die Waldgebiete Deutschlands für die Zukunft fit zu machen. Dazu wollen wir das Forstvermehrungsgutgesetz ändern.

Hierbei setzen wir nicht nur auf technologische Innovationen, sondern haben Aspekte wie Wettbewerbsfähigkeit und Nutzungskonflikte beim Rohstoff Holz im Blick. Ein am Markt gebildeter CO₂-Preis über Zertifikate ist die beste und zugleich eine technologieoffene Förderung des klimaneutralen Rohstoffes Holz. Wir sprechen uns gegen politische Vorfestlegungen auf bestimmte Baustoffe oder Konstruktionsmethoden aus, als wichtigster nachwachsender Rohstoff in Deutschland bietet Holz allerdings beste Voraussetzungen, um sich als Baustoff am Markt weiter zu etablieren. Um hierfür zusätzliche Impulse zu setzen, wollen wir die Forschung für seine Nutzung in diesem Bereich durch ein Forschungs- und Innovationsprogramm unter anderem für neue Werkstoffe aus Holzfasern (flüssiges Holz) ausweiten und intensivieren.

DIE LINKE setzt sich schon lange für eine Holzbau-Offensive ein. Gleichzeitig muss der Wald als Lebensraum und Holz als ein wertvoller nachwachsender Rohstoff betrachtet werden, inklusive sorg-

samen Umgangs mit den langen Wachstumszyklen. Eine Holzbauquote für öffentliche Gebäude ist ein Baustein. Wichtig ist die Sicherung einer Nutzungsstrategie für Holz in der Kaskade von stofflicher zu energetischer Nutzung sowie regionaler Lieferketten. Damit mehr Holz zunächst als Baumaterial genutzt werden kann, müssen unnötige rechtliche Hürden und Benachteiligungen beseitigt werden. Bei der Klimaschutz-Bewertung der Holznutzung müssen auch die Substitutionseffekte einfließen. Gleichzeitig muss die Nutzung dem Kaskadenkonzept angemessen sein. Auch eine verbesserte Altholznutzung muss ambitionierter angepackt werden. Dadurch wird eine langfristige Bindung von CO₂ in Holzprodukten gesichert und leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz über die Nutzung als erneuerbare Energie hinaus.



Holz ist wertvoll und knapp. Die Nachfrage nach Holz steigt stetig. Wir GRÜNE wollen die sogenannte Kaskadennutzung fördern und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Dabei stehen für uns die stofflichen Nutzungen, insbesondere auch eine Holzbaustrategie, an erster Stelle. Die Forschung zu neuen Anwendungen von Laubholz werden wir intensivieren.

4. Wie wollen Sie das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie durchsetzen, 5 % der Waldfläche für die natürliche Waldentwicklung zu sichern, und wie wollen Sie die Bewirtschaftungsstandards zum Schutz der Biodiversität und der Waldböden sicherstellen, ohne die Förderfähigkeit (ELER, GAK) zu gefährden?



Unser Grundsatz bleibt „Schützen durch Nützen“. Wir bevorzugen den integrativen Ansatz und halten es nicht für sinnvoll, weitere Schutzflächen im Wald ganz aus der Bewirtschaftung zu nehmen. Denn unsere multifunktionale Forstwirtschaft sichert Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion der Wälder gleichermaßen und bringt durch die Holznutzung die CO₂-Speicherleistung des Waldes zur Geltung. Zudem gibt es schon heute viele von ihren Eigentümern nicht bewirtschaftete Waldflächen, die zunächst erfasst werden sollten.

CDU und CSU setzen sich für eine umweltgerechte, sozialverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Bewirtschaftung der Wälder ein. Dazu bedarf es der ständigen Weiterentwicklung und Anpassung der Maßnahmen der multifunktionalen nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Ökologische Standards, die über den gesetzlichen Anforderungen liegen, können ohne Auswirkungen auf die Förderfähigkeit



zum Beispiel über die anerkannten Holz-/Waldzertifizierungssysteme etabliert werden. Mit der im Jahr 2020 ausgeduldeten Bundeswaldprämie (Nachhaltigkeitsprämie) haben wir dafür erfolgreich Anreize gesetzt.



Das Nachhaltigkeitsziel sah vor, dass 10 % der Wälder im Eigentum der öffentlichen Hand sich natürlich entwickeln sollten. Der Bund hat dieses Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf seinen Flächen im Rahmen des Nationalen Naturerbes (NNE) bereits mehr als erfüllt und damit ein wichtiges Anliegen des Koalitionsvertrages aus der letzten Legislaturperiode umgesetzt.

Das Ziel, 5 % der Wälder bezogen auf die gesamte Waldfläche bis zum Jahr 2020 aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, wurde hingegen nicht erreicht. Die Prognosen einer BfN-Studie zeigen aber, dass bis Ende 2020 3 % und danach durch realistisch absehbare weitere Zuwächse ca. 4 % erwartet werden können.

Wichtig ist vor allem, den Dialog mit den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern zu suchen und die Förderinstrumente, die wir im Naturschutz zur Verfügung haben, für die weitere Umsetzung dieses wichtigen NBS-Ziels zu nutzen. Zur konkreten Ausgestaltung wird auf die Antwort auf Frage 2 verwiesen.



Wir Freie Demokraten sehen die Klimaschutzleistung der Wälder als Ergebnis einer aktiven Waldbewirtschaftung. Diese wollen wir mit der Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung von Wäldern fördern. Pauschale Nutzungsverbote, mit denen Waldflächen aus der Bewirtschaftung genommen werden sollen, wollen wir verhindern. Aktiven Arten- und Naturschutz wollen wir mit eigentumsfreundlichem Vertragsnaturschutz statt starrer Regulierung erreichen.

Wir wollen die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) gemeinsam mit den Ländern weiterentwickeln, denn die derzeitige Förderstruktur braucht ein Update. Die Ausschöpfung der in der GAK bereitgestellten Bundesmittel ist stets nur sehr niedrig und der starre Rahmenplan führt dazu, dass die Regelungen zur Kontrolle von Förderbestimmungen und -auflagen zu bürokratisch sind. Nicht zuletzt der Bundesrechnungshof kritisierte, dass das zuständige Bundesministerium für Ernährung und

Landwirtschaft (BMEL) die GAK lediglich „mittelfristig“ evaluiert. Wir wollen dies zeitnah tun, um auf veränderte Umstände und Förderbedarfe schnellst- und bestmöglich reagieren zu können.



DIE LINKE hat immer das 5%-Ziel befürwortet. Solche Flächen sind u. a. als Lernorte wichtig, um Erfahrungswerte über die aus der Nutzung genommenen Wälder zu sammeln. Dass diese Zielmarke bis 2020 nicht erreicht wurde, zeigt, dass deutlich mehr Engagement vonseiten der Bundesregierung und der Landesregierungen notwendig ist, um geeignete Flächen zu identifizieren, die die notwendigen Mindestvoraussetzungen erfüllen. Grundsätzlich sind Waldbesitzende in Deutschland angehalten, ihren Wald entsprechend einer guten fachlichen Praxis nachhaltig zu bewirtschaften. Die forstwirtschaftliche Gesetzgebung setzt dafür den Rahmen und wird durch Forstzertifizierungsstandards, die darüber hinausgehen, ergänzt. Bewirtschaftungsstandards müssen auch aufgrund des bereits wirkenden Klimawandels angepasst und in Einklang mit Fördertatbeständen gebracht werden. Insbesondere die Themen Baumartenwahl, Erhaltung der biologischen Vielfalt, angepasste Wildbestände und Bodenschutz sind dabei wichtig.



Mit dem Wildnisfonds, den wir GRÜNE weiter ausbauen wollen, kann Wald, der aus der Nutzung genommen wird, gezielt gefördert werden. Wir wollen Klimanaturschutz mit 10 % der Mittel aus dem Energie- und Klimafonds finanzieren. Dabei spielt naturnaher Wald eine entscheidende Rolle. Das Zusammenspiel der einzelnen Fördermöglichkeiten kann und muss dabei gewahrt bleiben.

5. Wie stehen Sie zur Forderung, eine Strategie zum Zukunftsthema „Wald und Gesundheit“ zu entwickeln und auf Bundesebene koordinierend zu wirken? Welche Punkte würde diese Strategie beinhalten?



Drei Viertel der Deutschen gehen regelmäßig in den Wald. In der Corona-Pandemie hat sich noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig die Erholungs- und Gesundheitsfunktion des Waldes ist. Hier tut sich auch erhebliches wirtschaftliches Potenzial auf, das entwickelt werden sollte. Positiv ist, dass sich gerade sanfte Methoden und Nutzungen wie Waldbaden, Heilwälder und Angebote ganzheitlicher Naturerfahrung immer größerer Beliebtheit erfreuen. Im

Hinblick auf die eher sportlichen Erholungsnutzungen (z. B. Mountainbiking, Reiten, Wintersport) kann es jedoch auch zu Zielkonflikten mit den Anforderungen von Wild und Natur kommen, die es durch entsprechende Konzepte zu lösen gilt. Angesichts der wachsenden Bedeutung des Themas ist bereits die Bundesplattform „Wald – Sport, Erholung, Gesundheit“ eingerichtet worden. Es wird auch ein Schwerpunkt der neuen Waldstrategie 2050 sein. Darauf aufbauend wollen CDU und CSU einen Netzwerk-Plan „Nutzung des Waldes für Sport, Erholung und Gesundheit“ zusammen mit den Ländern und allen Akteuren entwickeln. Bei der Ausgestaltung und Umsetzung werden wir den BDF und seine Expertise einbeziehen.



Für die allermeisten Menschen bedeutet Wald Erholung und Gesundheit. Mittlerweile ist es wissenschaftlich erwiesen, dass der Wald den Menschen gesund macht. Für die zukünftige Waldentwicklung müssen die Bedürfnisse zur Erholungs- und Gesundheitsleistung des Waldes, die Etablierung naturnaher und klimaresilienter Waldökosysteme sowie die wirtschaftliche Nutzfunktion des Waldes zusammen gedacht werden.

Wir erkennen die zunehmende Bedeutung der Wälder als Erholungsraum für die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die wissenschaftlich belegte gesundheitsfördernde Wirkung des Waldes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Landesbetrieben fördern und setzen uns deshalb dafür ein, dass dieser Aspekt in der Nationalen Waldstrategie entsprechende Beachtung findet.

Die direkte und indirekte Gesundheits-, inklusive Erholungsfunktion von Wäldern ist in den vergangenen Jahren immer stärker in den Fokus gerückt. Der Aufsetzung einer eigens dazu entwickelten Strategie steht DIE LINKE offen gegenüber. Wichtig wäre jedoch, dass dieses Thema sowohl in der Waldstrategie 2050 als auch in der Debatte zur Honorierung von Ökosystemdienstleistungen berücksichtigt wird. Unter anderem die Forschung zur direkten und indirekten gesundheitsfördernden Wirkung der Wälder und die personelle Ausstattung der Forstbetriebe zur möglichen Umsetzung von Maßnahmen müssen stärker in den Blick genommen werden.

Wald und Gesundheit sind eng miteinander verbunden. Wir GRÜNE befürworten eine neue Strategie „gesunde Wälder – gesunde Menschen“, die gemeinsam von allen Beteiligten, Bund und Ländern erarbeitet werden soll. Aktuell wichtigster Punkt dabei wäre die Klimaresilienz.



6. Wie stehen Sie zu der Forderung, Wald verstärkt in die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einzubinden? Wie und über welche Kanäle würden Sie dies auf Bundesebene forcieren?



Der Wald ist ein idealer Ort der Umwelt- und Naturbildung. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass Angebote der Waldpädagogik, Waldkindergärten und -schulen, Waldklassenzimmer sowie Naturerlebnisangebote im Wald weiterentwickelt, gefördert und in der Initiative „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verankert werden. Auch sollten im Schulunterricht Kenntnisse zum Ökosystem Wald und seiner nachhaltigen Nutzung vermittelt werden. Schließlich ist die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder ein wesentlicher Bestandteil des Nachhaltigkeitsziels „Leben an Land“ (SDG 15) der Vereinten Nationen. Wir schätzen sehr, dass viele Forstleute im Rahmen der Waldpädagogik eine ganz herausragende, oft ehrenamtlich erbrachte Arbeit, leisten und danken ihnen dafür.



Das unterstützen wir. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss einerseits als Prozess begriffen werden, der im frühen Kindesalter beginnt und bis ins fortgeschrittene Erwachsenenalter anhält. Gleichzeitig bedeutet BNE aber auch, dass die Inhalte der SDGs stärker in den Bildungsprozess mit einfließen, sowohl in der schulischen als auch in der außerschulischen Bildung. Der Lebensraum Wald kann zur Vermittlung der SDGs 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und 15 (Leben an Land) beitragen und sollte daher als Lernort gefördert werden. Wir wollen in Schulen Räume für fächerübergreifenden Kompetenzerwerb und das Denken in Zusammenhängen öffnen. Hierzu gehört auch, projekt- und kompetenzorientiertes Lernen zu stärken und ihm deutlich mehr Raum zu geben.



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der Wald stärker in den Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eingebunden wird. Als eine Aufgabe staatlicher Hoheitsverwaltung spielt die Umweltbildung durch die Landesbehörden eine immer bedeutendere Rolle. Hierbei wollen wir die Länder verstärkt im Bereich der Waldpädagogik unterstützen und die Rahmenbedingungen dafür verbessern.

DIE LINKE.

Das Ökosystem Wald spielt als CO₂-Speicher und Sauerstoff-Produzent eine wichtige Rolle für die Erde. Zudem bietet der Wald einer Vielzahl von Lebewesen einen Lebensraum. Daher ist es wichtig, dem Wald und seiner Bedeutung für die Umwelt im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung einen entsprechenden Stellenwert einzuräumen. Kindern und Jugendlichen sollte es ermöglicht werden, sich nicht nur theoretisch Wissen über Wälder und deren außerordentliche Bedeutung für unser Klima und Ökosystem aneignen zu können, sondern auch sinnlich wahrnehmbar. Das bedeutet, dass es allen SchülerInnen ermöglicht werden muss, waldpädagogische Angebote wahrnehmen zu können. Da Bildung Ländersache ist, wäre es hilfreich, wenn der Bund mit den Ländern Gespräche aufnehmen würde, um Natur-, Umwelt- und Wildnispädagogik nicht nur im Rahmen von BNE, sondern auch grundsätzlich zu fördern. Wir wollen zudem, dass Bund, Länder und Kommunen in der Bildung zusammenarbeiten können. Durch das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das Verbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern, sodass der Bund auch schulische Bildung mitfinanzieren kann.



Die Wälder spielen für eine intakte Umwelt und für das ökologische Gleichgewicht eine wichtige Rolle und sollten entsprechend bei der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ein starkes Gewicht bekommen. Über den parlamentarischen Beirat zur nachhaltigen Entwicklung werden wir GRÜNE das stärker thematisieren.

7. Wie stehen Sie dazu, das überholte Wald- und Forstrecht auf Bundesebene zu evaluieren und zeitgemäß weiterzuentwickeln? Welche dringenden Handlungsfelder sehen Sie und in welcher Form würden Sie sie berücksichtigen?

CDU

Das Bundeswaldgesetz schützt die Wälder, fördert und regelt ihre nachhaltige Bewirtschaftung sowie den Interessenausgleich zwischen der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer. Eine Reihe weiterer Regelungen wirkt auf den Wald und die Waldbewirtschaftung ein, wie zum Beispiel das Forstschäden-Ausgleichsgesetz oder das Bundesnaturschutzgesetz. Wir werden prüfen, inwieweit eine Überarbeitung des Rechtsrahmens erforderlich ist, um neuere Anforderungen an die multifunktionale nachhaltige Forstwirtschaft und die Wälder, die Unterstützung der Waldeigen-

tümer, insbesondere des Kleinprivatwaldes, die Sicherung und Honorierung der Ökosystemleistungen, die Anpassung an den Klimawandel und die Prävention und Bewältigung von Kalamitäten bestmöglich zu regeln.

Die letzte Novelle des Bundeswaldgesetzes erfolgte im Januar 2017. Eine erneute Evaluierung in der kommenden Legislaturperiode schließen wir nicht aus. Die Stellungnahme „Eckpunkte der Waldstrategie 2050“ des Wissenschaftlichen Beirats Waldpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft beschreibt zehn Handlungsfelder, die im Rahmen einer zukünftigen Waldpolitik des Bundes bearbeitet werden sollten. Es gilt, die Veröffentlichung der Nationalen Waldstrategie 2050 abzuwarten, die dann als Diskussionsgrundlage einer etwaigen Novellierung des Bundeswaldgesetzes dienen wird.

Wir Freie Demokraten wollen die Forstwirtschaft stärker darin unterstützen, die Wälder zukunftssicher und klimastabiler zu machen. Neben Anpassungen im Forstvermehrungsgutgesetz wollen wir neue Züchtungsmethoden auch in der forstlichen Pflanzzüchtung ermöglichen, um schneller den Zugang zu besseren Baumsorten zu erhalten. Angesichts der rasanten Ausbreitung von Schaderregern wie dem Borkenkäfer wollen wir den integrierten Pflanzenschutz zum Schutz des Waldes stärken. Durch Klimaveränderungen droht vermehrt die Gefahr, dass sich invasive Schädlinge im Wald ausbreiten können und somit heimische Baumbestände bedrohen. Die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel zur Bekämpfung von Schädlingen muss daher als Ultima Ratio möglich sein. Die Forschung auf diesem Gebiet wollen wir stärken. Für uns Freie Demokraten gehören Wild und Wald untrennbar zusammen. Deshalb setzen wir uns für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes ein. Zudem erachten wir eine Überarbeitung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes für zwingend geboten. Siehe auch die Initiative „Wälder erhalten durch effektiven Waldschutz“ der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag (BT-Drs. 19/9925).

Die aktuelle Klimakrise hat viele Problemlagen auch im Wald zugespitzt. Insbesondere die Empfindlichkeit unserer Wälder gegenüber dem beginnenden Klimawandel hat viele überrascht. Die Bundeswald- und -jagdgesetze als nationale Regelungen des Forstrechts müssen entsprechend dieser dynamischen Situation laufend evaluiert und angepasst werden. Als drängendste Handlungsfelder sieht DIE LINKE u. a. die Novelle des Bundesjagdgesetzes, da die dringende Beschleunigung von Waldumbau und



Wiederbewaldung Mitverantwortung der Jägerschaft ist. Auch die Themen präventiver Waldbrand-schutz und -bekämpfung, vor allem aber nicht nur auf munitionsbelasteten Flächen, sind drängende Themen, für die neue Lösungen gefunden werden müssen. Das Thema Windkraft im Wald hat in den vergangenen Jahren an Fahrt aufgenommen. Hier braucht es einen klaren gesetzlichen Rahmen, der nicht nur finanzielle Interessen berücksichtigt.



Wir GRÜNE sehen großen Reformbedarf beim Wald- und Forstrecht auf Bundesebene. Die Waldgesetze sollen fit gemacht werden für die Klimakrise und eine naturnahe Waldwirtschaft befördern, dafür soll die gute fachliche Praxis im Waldgesetz an ökologischen und klimarelevanten Mindeststandards für eine naturnahe Waldwirtschaft ausgerichtet werden.

8. Wald spielt eine immer wichtigere Rolle, sowohl gesellschafts- als auch klimapolitisch. Wie stehen Sie zur Umbenennung des Ministeriums in „Ministerium für Landwirtschaft und Wald“ und dazu, die waldbezogenen Aufgaben des Bundes in einem neuen „Bundesamt für Wald“ ähnlich dem BfN zu bündeln?

Jetzt
Gratis-katalog
anfordern!

35
JAHRE
ERFAHRUNG

ZIF

LIECO
AUFFORSTEN MIT ERFOLG

Ihre Vorteile:

- Hohe Anwuchsraten
- Gezielte Auswahl des Saatgutes
- Herkunftsgarantie
- Produktion mit original LIECO-Containern
- Hohe Pflanzenqualität von der Wurzel bis zum Spross
- Optimierte Lieferlogistik und Versetztechnik

LIECO FORST
CONTAINER
PFLANZEN

LIECO Deutschland GmbH & Co KG
E-Mail: h.giel@lieco.de
MT: +49 (0)173/5119912
www.lieco.de



Über Ressortzuschnitte und die Namensgebung von Ministerien kann erst nach der Bundestagswahl entschieden werden. Die Forstwirtschaft und die Gesellschaft können sich aber darauf verlassen, dass CDU und CSU den Wald inhaltlich wie personell stark in der Bundesregierung verankern werden. Die Belange des Waldes sind auch in den nachgeordneten Behörden und Forschungseinrichtungen bereits jetzt gut vertreten. Die Strukturen werden beständig weiterentwickelt.



Diese Frage können wir nicht abschließend beantworten, da es dazu in unserer Partei keine Beschlusslage gibt. Dennoch handelt es sich um einen sehr interessanten Aspekt, den wir gerne beraten werden. Wir werden uns jedenfalls für die einzigartige Bedeutung unseres Waldes einsetzen.



Wir Freie Demokraten sehen die große Bedeutung der forstlichen Anliegen innerhalb der grünen Branche, nicht zuletzt durch die zunehmenden Herausforderungen der letzten Jahre in den Wäldern. Eine reine Umbenennung des Ministeriums hätte allerdings nur symbolische Wirkung. Wichtiger wäre, die forstlichen Kompetenzen aus Bund, Ländern und Kommunen besser zu vernetzen. Wir sind offen gegenüber einer organisatorischen Bündelung der waldbezogenen Aufgaben des Bundes.



Die Umbenennung von Ministerien kann dazu beitragen, wichtige Themen stärker in den Fokus zu rücken. Aber es ist eben auch kein Automatismus. Die Benennung eines Waldbeauftragten in dieser 19. Legislaturperiode hat die waldthematischen Debatten kaum merklich geprägt. Wichtiger wäre es, auch aus Kostengründen und Rechtfertigung gegenüber den Steuerzahlenden, Ansprüche und Zielvorgaben zu formulieren und diese entsprechend personell auszustatten. Im Zuge der Debatte zur Honorierung von Ökosystemleistungen im Wald wäre eine Verankerung über ein Bundesamt für Wald denkbar. DIE LINKE steht dem offen gegenüber, wenn das Konzept zur Lösung der Herausforderungen geeignet ist, sehen aber eine in der Sache nachvollziehbare Aufgabenteilung mit dem Umweltbundesamt und dem Bundesamt für Naturschutz als notwendig an. ■